Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1908

4.4.1908 (No. 109)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 4. April.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

№ 109. 1908.

Amtlicher Teil.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 31. März d. J. wurde der mit Versehung der Gütererpeditorenstelle in Rastatt betraute Betriebssekretär Rudolf Hirtler zum Güterexpeditor ernannt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* **Berlin**, 2. April.

Abg. **Heine** (Soz.) fragt den Staatssekretär und die Mehrheitsparteien, ob nach ihrer Auffassung, wenn dieser Entwurf nach der Fassung der Kommission Gesetz würde, Präventivverbote von Versammlungen, wie sie bisher in Sachsen-Weimar erlassen werden, ausgeschlossen seien. Eine solche bündige, klare Erklärung sei im Interesse der künftigen Auslegung des Gesetzes notwendig. An der Festlegung des Rechtes der Ausländer hätte insbesondere die deutsche Arbeiterschaft ein erhebliches Interesse. Die fremden Arbeiter müßten zur gewerkschaftlichen Organisation herangezogen werden können, um den Lohndrückereien zu begegnen. Hier spiele auch die nationale Ehre eine Rolle. (Lachen rechts.) Davon verstehe seine Partei mindestens ebensoviel, wie die Rechte. (Erneutes Lachen rechts.)

Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg** erklärte, er wolle sich nur über die Ausländerfrage und den Erlaß von Präventivverboten äußern. Er kenne kein einzelstaatliches Vereinsgesetz, welches den Ausländern ein Vereins- und Versammlungsrecht garantierte. Die Ausländer könnten auch in Zukunft sich an Vereinen beteiligen und Versammlungen abhalten, wenn der Entwurf in der Kommissionsfassung zum Gesetz erhoben werde. In einigen wenigen Bundesstaaten bestehe die ausdrückliche Bestimmung, daß nur Angehörige des betreffenden Bundesstaates Mitglieder politischer Vereine sein und an politischen Versammlungen teil nehmen können. Diese Beschränkung falle in Zukunft weg. Er kenne auch keine ausländische Gesetzgebung, welche den Ausländern ein Vereins- und Versammlungsrecht garantierte. Nach den Kommisisonsbeschlüssen kommen nur die politischen Vereine und politischen Versammlungen in Betracht. Da sei es vollkommen begreiflich, wenn der Staat die Ausübung solcher politischen Rechte den Ausländern nicht garantierte. Was die Inländer betreffe, so habe er schriftlich und mündlich erklärt, daß aus der Tatsache, daß an Versammlungen Ausländer teilnehmen, den Inländern in keiner Weise Schwierigkeiten erwachsen dürften, denn das Vereinsgesetz umgrenze ja die Befugnisse der Polizeibehörde rücksichtlich des Einschreitens gegen Vereine und Versammlungen in genauer Weise. Die Anträge bezüglich der Ausländer bitte er abzulehnen. Was die Frage wegen der Zulässigkeit der Präventivverbote anlange, so sei er deren Beantwortung nicht aus dem Wege gegangen. Er habe auf einen Zwischenruf erwidert, in Preußen sei ein Präventivverbot nicht zulässig. Genau derselbe Zustand, wie jetzt in Preußen, werde künftig in Deutschland bestehen. Ebenso wie jetzt für Preußen nach den Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts ein vereins- und versammlungsrechtliches Präventivverbot nicht zulässig sei, weil eine entsprechende Bestimmung nicht im Gesetz stehe, ebenso werde künftig in Deutschland ein Präventivverbot nicht zulässig sein, weil sich im Gesetz eine derartige Bestimmung nicht finde.

Abg. Dr. **Hieber** (natl.): Seine Partei werde den Kommissionsbeschlüssen zustimmen und alle Amendements ablehnen. Die Ausländer würden auch in Amerika und in Frankreich nicht berücksichtigt.

Abg. **Müller**-Meiningen (freis. Vp.) schließt sich dieser Erklärung an. Seine Partei gestehe, daß die jetzige Fassung nicht nach allen Seiten befriedige. Sie halte die ganze Ueberwachung für überflüssig und bedaure die Ueberschätzung der polizeilichen Maßnahmen.

Abg. **Graef** (wirtsch. Vgg.): Für Einzelstaaten bringe das Gesetz keine Vorteile. In Wirklichkeit bedeute das Gesetz aber auch für Württemberg einen Fortschritt. Als Rückschritt könne die Vorlage nur bezeichnen, wer sie nicht kenne. Dieser Vorwurf treffe die Zweite hessische Kammer. Seine Partei halte an dem Kompromiß fest.

Abg. **Brejski** (Pole): Die Regierung habe die preußische Umsturzvorlage von 1897 in geblideterer Form durchgeschmuggelt. Das Recht des Ausländers müsse geregelt werden. Vor allem müsse das Recht der Ausländer gewahrt werden in dem Sinne, daß Versammlungen, an denen Ausländer teilnehmen, nicht aufgelöst werden können.

Abg. **Bindewald** (Reformp.) hält es nicht für richtig, daß Staaten, die bisher eine größere Freiheit gehabt haben, direkt verkümmert werden. § 7 werde eine Menge von Härten im Gefolge haben für diejenigen Volksteile, die ihrer Gesinnung nach entschieden loyale Staatsbürger seien. Für Hessen bedeute das Gesetz einen Rückschritt.

Hessischer Bundesratsbevollmächtigter **Neidhardt**: Infolge des Wunsches nach einem einheitlichen Vereins- und Versammlungsrecht habe Hessen im Bundesrat für die Vorlage gestimmt. An diesem Standpunkt müsse Hessen festhalten, so lange nicht aus diesem Hause Beschlüsse hervorgehen, die die Hessen nötigen, anders zu handeln.

Abg. **Trimborn** (Zentr.) spricht sich gegen die sozialdemokratischen Anträge aus.

Abg. **Legien** (Soz.) befürwortet sie, worauf

Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg** erklärt, daß das Vereinsgesetz die Frage, ob die Polizei auch in Zukunft das Recht habe, von den Vereinen Auskünfte über ihre Mitglieder zu verlangen, abschließend regeln will. Auf diesem Gebiete werde die Landesgesetzgebung ausgeschlossen und beseitigt, soweit sie hier im Gesetz nicht aufrecht erhalten sei. Eine allgemeine vereinsrechtliche Auskunftspflicht bestehe nach dem Gesetz nicht. Die Polizei könne unter solchen Umständen von den Vereinen nur Auskünfte verlangen, unter denen sie auch von Personen Auskunft verlangen könnte.

Ministerialdirektor **Nebe** erklärte, daß auch Sachsen-Weimar das Reichsvereinsgesetz in loyaler Weise erfüllen werde.

Abg. **Zimmermann** (Reformp.) protestierte dagegen, daß die hessische Antisemitenbewegung im Odenwalde gewalttätig gewesen sei.

Nach Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge wurde § 1 in der Kommissionsfassung mit 194 gegen 164 Stimmen angenommen.

Die Beratung wandte sich dann dem von der Kommission neu eingefügten § 1a, betreffend Auflösung von Vereinen, deren Zwecke dem Strafgesetz zuwiderlaufen, zu. Absatz 2 behandelt die Anfechtung der Aufhebungsverfügung. Abg. **Brandys** und Genossen beantragen, § 1a zu streichen. Mit diesem Paragraphen wird die Diskussion des § 9a verbunden. Dieser lautet: Auf Anfechtung der Auflösung einer Versammlung finden die Vorschriften des § 1a Absatz 2 Anwendung. Nachdem die Abgg. **Heine** und **Trimborn** gesprochen hatten, wurden beide Paragraphen angenommen.

§ 2 bestimmt, daß jeder politische Verein einen Vorstand und Satzungen haben muß, sowie, daß der Verstand innerhalb zweier Wochen Satzungen und Mitgliederverzeichnis des Vorstandes einreichen muß.

Abg. **Schiffer** (Zentr.) begründete einen Antrag, nach welchem Vereine, die nur Berufs- und Standesinteressen bestimmter Personenkreise bezwecken, nicht als politische Vereine gelten sollen. Bei den Zweigvereinen habe die Anmeldung der Orte durch die Hauptverwaltung zu erfolgen.

Unter Ablehnung eines Abänderungsantrages von seiten des Abg. Brandys (Pole) wurde hierauf § 2 nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen. § 2a, welcher besagt, daß Wahlvereine nicht als politische Vereine gelten sollen, wurde debattelos angenommen. Darauf wird ein Antrag auf Vertagung angenommen. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Fortsetzung. Schluß 6¾ Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

* **Berlin**, 3. April.

Präsident Graf **Stolberg** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Die Beratung des Vereins- und Versammlungsgesetzes wird bei § 3 in Verbindung mit § 3a fortgesetzt. Die Paragraphen betreffen die Anzeigepflicht öffentlicher Versammlungen zur Erörterung politischer Angelegenheiten.

Abg. **Trimborn** (Zentr.) bemängelt, daß in der Kommission nur die Gewerkschaftsversammlungen von der Anzeigepflicht enthoben seien. Diese Vorzugsstellung müßte auch auf die Versammlungen aller Berufsstände ausgedehnt werden, auch wenn sie einen gewissen politischen Charakter tragen.

Redner befürwortet einen dahingehenden Zentrumsantrag.

Abg. **Hildenbrand** (Soz.) meint, der moderne Staat habe die Pflicht, seinen Bürgern ihre politische Erziehung zu ermöglichen durch Vereine und Versammlungen, in denen sie nicht bei jeder Beratung unter polizeiliche Kontrolle gestellt sind. In der Vorlage komme das Mißtrauen der Regierung gegenüber dem Volke zum Ausdruck. Die Vorlage bedeute eine vollständige Verpreußung gegenüber den anderen deutschen Bundesstaaten. Die 24stündige Anzeigefrist für Versammlungen sei zu lang. Er schlage 6stündige vor. Das ganze Gesetz, speziell der § 3, stelle ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie dar.

Staatssekretär **von Bethmann-Hollweg** wendet sich gegen die scharfen Angriffe auf die §§ 3 und 3a. Das Gesetz bringe gerade hier eine sehr starke Liberalisierung der bestehenden Bestimmungen. Während gegenwärtig in einem sehr großen Teile Deutschlands die Anzeigepflicht nicht lediglich auf politische Versammlungen beschränkt sei, sondern sich auch auf private Versammlungen erstrecke, beschränke sie das Gesetz zunächst einmal auf öffentliche Versammlungen und weiter auf diejenigen öffentlichen Versammlungen, in denen politische Angelegenheiten erörtert werden. § 3 schaffe außerordentliche Freiheiten.

Abg. **Dziembowski** (Pole): Durch diesen § 3 werden politische Versammlungen und Vereine geradezu unmöglich gemacht. Lassen Sie der polnischen Bevölkerung den Glauben an den Gerechtigkeitssinn des deutschen Volkes.

Abg. **Müller-Meiningen** (fr. Vp.) fragt, ob für die Anzeigepflicht einer Versammlung die politische Richtung einer Zeitung von Einfluß sei.

Staatssekretär **von Bethmann-Hollweg** verneint dies.

Ueber einen Antrag auf Schluß der Debatte wird auf Verlangen Sängers namentlich abgestimmt. Der Antrag wird mit 195 gegen 170 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen und die Diskussion geschlossen.

Die Abänderungsanträge zu den §§ 3 und 3a werden abgelehnt.

(Mit einer Landtagsbeilage.)

Die Vorgänge in Rußland.

(Telegramme.)

* **St. Petersburg**, 2. April. Die Reichsduma verhandelte heute über eine von 94 Abgeordneten eingebrachte Vorlage, für das Jahr 1908 im Budget des „Heiligen Synods" 4 Millionen Rubel für die Errichtung neuer Kirchenschulen zu bewilligen. Während der Verhandlung wurde der Abg. Purischkewitsch (extreme Rechte) auf Antrag des Präsidenten von der Sitzung ausgeschlossen, weil er, vom Präsidenten zur Ordnung gerufen, die Tribüne verließ und von seinem Platze aus den Präsidenten apostrophierte. — Die Beratung des Gesetzentwurfs des Verkehrsministers betr. den Bau der Amurbahn wurde auf Montag vertagt.

* * *

St. Petersburg, 3. April. Das Kriegsgericht verurteilte 23 Offiziere, die während der großen Judenhetzen in Kiew im Oktober 1905 gegen die Untätigkeit der Truppen Einspruch erhoben und die Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung gefordert hatten, zu verschiedenen Freiheitsstrafen, teilweise unter Verlust ihrer Charge.

St. Petersburg, 3. April. Auf den südwestrussischen Bahnen ist seit einiger Zeit eine Räuberbande tätig, welche die Reisenden vergiftet, um sie zu berauben. Bis jetzt sind 15 Vergiftungsfälle festgestellt worden.

* **St. Petersburg**, 3. April. Die Affäre des ehemaligen russischen Gesandten in Korea, Pawlow, hat auch die russisch-chinesische Bank kompromittiert. Bei der Untersuchung wurde festgestellt, daß Pawlow sämtliche Geldsendungen der Regierung durch die Bank erhielt, die sie um 3½ Prozent über den Tageskurs berechnete, wodurch im Verlaufe eines Jahres 500 000 Rubel von der Bank profitiert wurde. Die Bank soll ebenfalls zur Rechenschaft gezogen werden.

Mazedonien.

(Telegramm.)

* **Budapest**, 3. April. Der „Pester Lloyd" bespricht die Stellungnahme Oesterreich-Ungarns zu den mazedonischen Reformvorschlägen Rußlands und ist mit einer weiteren Internationalisierung der Reformation einverstanden. Befremdlich sei die Zustimmung des Wiener Kabinetts zur etwaigen Uebernahme sämtlicher fremden Funktionäre der Reformorganisation in türkische Dienste. Das Blatt glaubt nicht, daß der russische Vorschlag in Wien leichten Herzens angenommen worden sei, da kein Grund zur Opferung aller in Konstantinopel nach langen Verhandlungen erzielten Erfolge ersichtlich sei. Man hegt nach der Begründung des russischen Vorschlages in Wien vermutlich Bedenken gegen die direkte Ablehnung, doch dürfte man sich kaum eine Verantwortung für mögliche nachteilige Folgen bei Durchführung des russischen Vorschlages aufbürden wollen.

Der badische Arbeitsmarkt

im Februar 1908.

St.L.-A. Im ganzen ist in der Vermittlungstätigkeit der badischen Arbeitsnachweise für den verflossenen Berichtsmonat ein weiterer, nicht unerheblicher Aufschwung zu verzeichnen, was um so bemerkenswerter ist, als das Baugeschäft fast überall noch ruht und daher nur wenig zur Belebung des Arbeitsmarktes beitragen konnte. Es waren in der männlichen Abteilung 809 offene Stellen mehr gemeldet, als im Januar d. J. und 349 mehr als im Februar 1907. Demzufolge konnten auch 577 bzw. 493 Stellen mehr besetzt werden, als in den Vergleichsmonaten Allerdings hat auch die Zahl der Arbeitsuchenden wieder zugenommen, und zwar gegen den Januar d. J. um 556 und gegen den Februar des Vorjahres sogar um 2885. Es kamen im Berichtsmonat auf 100 offene Stellen 265 Arbeitsuchende gegen 302 im Januar 1908 und 224 im Februar 1907.

In der weiblichen Abteilung war die Inanspruchnahme der Anstalten sowohl seitens der Dienstherrschaften, als auch der Dienstboten eine außerordentlich rege. Hier hat die Zahl der verlangten Arbeitskräfte um 472 und 516, die Zahl der Arbeitsuchenden um 344 bzw. 982 und die der vermittelten Stellen um 132 bzw. 288 den Vormonat und den Februar übertroffen.

Im einzelnen verlautet folgendes zur Geschäftslage:

a. **Männliche Abteilung.**

In **Baden-Baden** hielt die Nachfrage nach Schreinern auch im Februar an. Der Bedarf konnte nur teilweise gedeckt werden, da sich unter den Arbeitsuchenden manche unfähige Arbeiter befanden. — Bedingt durch die zahlreichen Hotels und Pensionen war die Zahl der arbeitsuchenden Hausburschen usw. sehr groß, doch konnten nur wenige eingestellt wer-

den, weil die Hotels ihren Bedarf erst im Laufe des Monats März decken.

In **Durlach** fehlte es, bei sonst ruhigem Geschäftsgang, an Schuhmachern und Fuhrknechten.

Das Arbeitsamt **Freiburg** bezeichnet die Beschäftigungsgelegenheit als besser wie im Vormonat; auch im Baugeschäft war hier ein schwaches Anziehen zu bemerken. Ebenso stieg im Bekleidungsgewerbe das Angebot offener Stellen.

In **Heidelberg** war das Ueberangebot von Arbeitskräften noch so groß, daß ungelernte Arbeiter nur selten untergebracht werden konnten und es auch schwer hielt, gelernten Arbeitern Stellen zu verschaffen.

Beim **Karlsruher** Arbeitsamt waren viele Arbeitskräfte nach auswärts verlangt; die Aufträge konnten aber, weil die gelernten Arbeiter immer sehr schwer nach auswärts, insbesondere in kleinere Städte oder aufs Land zu bringen sind, nicht immer erledigt werden. Großer Mangel machte sich bei den Schmieden bemerkbar, auch waren Wagner und Buchdrucker schwer zu bekommen. Eine größere Anzahl ungelernter Arbeiter konnte bei den seitens der Stadtverwaltung eingerichteten Notstandsarbeiten beschäftigt werden, wobei insbesondere die verheirateten und schon lange arbeitslosen Männer zuerst Berücksichtigung fanden.

Die in der Vermittlungstätigkeit des Arbeitsamts **Konstanz** eingetretene Besserung wird hauptsächlich darauf zurückgeführt, daß verschiedene Ziegeleien in der benachbarten Schweiz eine größere Anzahl Arbeitskräfte verlangten. Die Nachfrage ist hier zurzeit gut bei den Gärtnern, Schmieden, Schneidern, Wagnern und Dienstknechten. Auf dem Schwarzwald ist die rückläufige Bewegung zum Stillstand gekommen.

In **Lörrach** fehlte es an Schneidern (Kleinstückmachern).

Die Zentralanstalt für Arbeitsnachweis in **Mannheim** hat eine wesentliche Besserung noch nicht zu verzeichnen.

In **Müllheim** war Mangel an Lehrlingen, sonst überstieg hier wie in **Offenburg, Schopfheim, Waldshut** und **Weinheim** das Angebot an Arbeitskräften fast aller Berufe und hauptsächlich auch von ungelernten Arbeitern noch weitaus die Nachfrage.

Die **Pforzheimer** Schmuckwarenindustrie (Bijouterieabteilung) war im Februar nicht besonders gut beschäftigt; es war hier ein kleiner Stillstand bezw. Rückgang festzustellen. Doch konnten durch die Neuorganisationen der Lehrlingsvermittlung in dieser Branche 139 Lehrlinge und 83 Lehrmädchen eingestellt werden. Bei den Gärtnern und Schneidern zieht das Geschäft an; Möbelschreiner waren am Ort und nach auswärts begehrt; Bäcker konnten sehr viele eingestellt werden. Die ungelernten Arbeiter konnten, ohne daß Notstandsarbeiten angeordnet werden mußten, noch ziemlich gut beschäftigt werden. — Mit Eintritt besserer Witterung ist Aussicht auf rege Bautätigkeit in der Stadt vorhanden.

b. Weibliche Abteilung.

Der Mangel an landwirtschaftlichen und häuslichen Dienstboten — bei den letzteren namentlich an solchen, die gut kochen können — dauert fast allenthalben noch an und wird noch dadurch verschärft, daß die bevorstehende Saison in Luftkurorten und Bädern jetzt schon Arbeitskräfte anzieht, die den leichteren und besser bezahlten Dienst als Zimmermädchen in Hotels usw. dem Dienst in Privathaushaltungen vorziehen.

Die Freiburger Anstalt macht auf die charakteristische Erscheinung aufmerksam, daß die Zahl der offenen Stellen sowohl für Hausgesinde wie für Wasch-, Monats- und Putzfrauen zurückgeht. Die Erscheinung wird darauf zurückgeführt, daß manche Familie auf Personalhilfskräfte verzichtet. Besonders empfindlich sei diese Lage für die verheirateten Frauen, die als Putz- oder Waschfrauen Beschäftigung suchen.

Im ganzen wurden bei den 16 badischen Verbandsanstalten im Februar d. J. gemeldet:

	Männl.	Weibl.	Zus.
Verlangte Arbeitskräfte (offene Stellen)	5 092	3 143	8 235
Arbeitsuchende	13 487	2 675	16 162
Eingestellte Personen (vermittelte Stellen)	3 605	1 454	5 059

Ferner wurden durch die Arbeitsnachweiseinrichtungen von je vier Bäcker- und Metzgerinnungen (Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe und Mannheim), drei Barbier-, Friseur- und Perrückenmacherinnungen (Freiburg, Karlsruhe und Mannheim) und eine Wirteinnung (Mannheim), sowie durch den nicht zum Verband gehörigen Arbeitsnachweis der Stadt Rastatt im ganzen für männliches Personal gemeldet: 401 offene Stellen, 494 Arbeitsuchende und 293 besetzte Stellen.

Die Stellenvermittlungseinrichtung für weibliche Personen von 18 gemeinnützigen und konfessionellen Wohltätigkeitsanstalten (zwei in Baden, eine in Bruchsal, zwei in Freiburg, zwei in Heidelberg, fünf in Karlsruhe, eine in Konstanz und fünf in Mannheim) verzeichnen im Februar insgesamt 2635 offene Stellen, 1399 Arbeitsuchende und 778 Stellenbesetzungen.

Es kamen sonach auf je 100 offene Stellen für männliche und weibliche Personen 264,9 bezw. 85,1 Arbeitsuchende; von je 100 männlichen und weiblichen Arbeitsuchenden wurden 26,7 bezw. 54,4 eingestellt, und von je 100 offenen Stellen für männliche und weibliche Personen wurden 70,8 bezw. 46,3 durch die Verbandsanstalten besetzt.

Großherzogtum Baden.

* **Karlsruhe**, 3. April.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing heute vormittag den Ministerialpräsidenten Geheimerat Honsell und nachmittags den Legationsrat Dr. Seyb, den Geheimerat Freiherrn von Babo und den Geheimerat Dr. Nicolai zur Vortragserstattung.

** Die diesjährige Prüfung der Werkmeister für den bahn- und tiefbautechnischen Dienst ist auf 22. April l. J. festgesetzt.

Gesuche um Zulassung sind mit den vorgeschriebenen Beilagen bis spätestens 15. April beim Bezirksamt Karlsruhe einzureichen.

** Auf Anregung einer Anzahl von Gewerbetreibenden ist die Radfahrordnung vom 7. November v. J. dahin abgeändert worden, daß künftighin nur die Verwendung solcher Radlaufglocken verboten ist, welche dergestalt in Verbindung mit der Hemmvorrichtung stehen, daß sie ertönen, wenn und solange diese in Anwendung gebracht wird. Gestattet ist also der Gebrauch derjenigen Radlaufglocken, welche unabhängig von der Bremsvorrichtung durch Anziehen eines Riemens oder einer Schnur in Tätigkeit gesetzt werden.

Gleichzeitig machen wir nochmals auf die wichtigsten neuen Bestimmungen der Radfahrordnung aufmerksam:

1. Die Verpflichtung zur Führung einer Nummernplatte ist mit dem 1. Januar 1908 in Wegfall gekommen; jeder Radfahrer hat aber von diesem Tage ab eine auf seinen Namen lautende Radfahrkarte ständig bei sich zu führen, und auf Verlangen dem zuständigen Beamten vorzuzeigen.

Um das Mitführen der Karte zu erleichtern, wurde für dieselben ein kleines, handliches Format gewählt.

2. Die seither ausgestellten Radfahrerkarten gelten noch bis zum 1. Januar 1910, und können bis zu diesem Zeitpunkt beim Bezirksamt des gewöhnlichen Aufenthaltsortes gegen eine nach den neuen Vorschriften ausgestellte Radfahrkarte kostenlos umgetauscht werden.

Falls jemand nicht in der Lage ist, die alte Karte zurückzugeben, so kann das vorbezeichnete Bezirksamt trotzdem kostenlos eine neue ausstellen, wenn der bisherige Besitz und der Verlust einer Radfahrerkarte glaubhaft nachgewiesen wird. In solchen Fällen ist die seitherige polizeiliche Fahrradnummer sowie dasjenige Bezirksamt zu bezeichnen, welches die Radfahrerkarte ausgestellt hat.

3. Jedes Fahrrad muß mit einer helltönenden Glocke zum Abgeben von Warnungszeichen versehen sein; der Gebrauch von Signalpfeifen, Huppen und beständig tönenden Glocken (Schlittenglocken und dergleichen), sowie der sogenannten Radlaufglocken, sofern sie dergestalt in Verbindung mit der Hemmvorrichtung stehen, daß sie ertönen, wenn und solange diese in Anwendung gebracht wird, ist jedoch untersagt.

4. Das Befahren der Fußwege, sowie aller sonstigen nicht für Fuhrwerke bestimmten Wege und Plätze ist grundsätzlich verboten. Nur außerhalb der geschlossenen Ortschaften ist das Fahren mit Zweirädern auf den neben den Fahrwegen hinführenden nicht erhöhten Banketten mit der Maßgabe statthaft, daß der Radfahrer das Bankett bei Annäherung von Fußgängern rechtzeitig zu verlassen oder sofern dies nicht möglich ist, abzusteigen hat. Verboten bleibt das Befahren der erhöhten Bankette, mit denen die meisten Landstraßen im Großherzogtum ausgestattet sind, es besteht aber die Absicht, mit der seit dem Jahr 1891 begonnenen Anlegung von Radfahrwegen an denjenigen Landstraßen fortzufahren, welche von Radfahrern besonders stark befahren werden und auch sonst einen besonders starken Fuhrwerk- und Kraftwagenverkehr usw. aufzuweisen haben.

---

* (**Spanische Schwindelbriefe.**) Der Großh. Erste Staatsanwalt ersucht uns um Aufnahme folgender Warnung: In letzter Zeit wurden wieder mehrere im Gebiet des Großherzogtums wohnende Personen durch spanische Schwindelbriefe belästigt. Die Briefe waren meist in Madrid aufgegeben und wimmelten von falschen Vorspiegelungen, z. B. der Briefschreiber befinde sich wegen Bankrotts in Haft und bedürfe zur Auslösung eines beschlagnahmten, die Summe von 800 000 Franken in Banknoten enthaltenden Koffers der Hilfe des Adressaten; dieser solle sich nach Madrid begeben, die Prozeßkosten des Briefschreibers bezahlen und den Koffer auslösen, wogegen er den dritten Teil der im Koffer befindlichen Summe als Belohnung erhalte. Dem Publikum wird unter nachdrücklicher Warnung vor diesem Schwindel empfohlen, derartige Briefe der zuständigen Staatsanwaltschaft zur Kenntnis zu bringen.

* (**Großherzogliches Hoftheater.**) Von der Generaldirektion wird uns mitgeteilt: Wegen Erkrankung des Herrn Hofkapellmeisters Lorentz hat Herr Hofkapellmeister Dr. Göhler die Leitung der Opern „Fra Diavolo" (Samstag den 4. April) und „Carmen" (Sonntag den 5. April) übernommen.

* (**6. Künstlerkonzert-Hans Schmidt.**) Der für heute angekündigte Liederabend des Frl. Lula Mysz Gmeiner ist auf den 14. d. M. verschoben worden.

L. (**Gewerbeverein Karlsruhe.**) Ende März hielt der Gewerbeverein seine 77. ordentliche Hauptversammlung ab. Der Sekretär erstattete den Tätigkeitsbericht. Demselben sei folgendes entnommen: Das Hauptereignis des letzten Jahres bildete die Jubiläumsfeier anläßlich des 75jährigen Bestehens des Vereins. Wohl selten durfte ein Verein ein Fest in solch würdiger Weise begehen. Unser verstorbener, hochverehrter Großherzog, der bei dieser Feier denkwürdige Worte gesprochen hat, brachte den Herren vom Vorstand, die von ihm in einer Audienz empfangen wurden, wiederholt seine hohe Befriedigung zum Ausdruck. Viele ehrende Anerkennungen und Glückwünsche wurden dem Verein bei dieser Feier aus allen Gauen unseres deutschen Vaterlandes zuteil. Diese Schriftstücke, die für spätere Zeiten eine wertvolle Erinnerung bilden, wurden nun von Herrn Buchbindermeister Feigler zu einem Bande vereinigt. Im Jahre 1907 wurden fünf Monatsversammlungen mit Vorträgen, 13 Vorstandssitzungen und zwei Beratungen in Sonderkommissionen abgehalten. An der im Frühjahr veranstalteten Lehrlingsarbeitenausstellung beteiligten sich 17 Lehrlinge, von denen zehn 2. Preise, drei 3. Preise und drei Diplome erhielten. Die Preise bestanden aus Werkzeugen, Reißzeugen und technischen Büchern. Sämtliche Mitglieder erhalten die „Badische Gewerbezeitung" zugestellt. Zahlreiche Berichte, Gutachten und Eingaben bildeten in den Vorstandssitzungen den Gegenstand eingehender Beratungen. Bei der Eröffnungsfeier des Handwerkererholungsheims „Friedrichshort" bei Bad Sulzburg war der Verein zahlreich vertreten. Einen besonders schönen Verlauf nahm eine vom Verein veranstaltete Rheinfahrt nach Mannheim zum Besuche der dortigen Jubiläumsausstellung. — Die Zahl der Mitglieder betrug auf 1. Januar 1908 368. Der Vorsitzende gedachte in ehrenden Worten der dem Verein im Jahre 1907 durch den Tod entrissenen Mitglieder, zu deren Andenken die Versammlung sich von ihren Sitzen erhob. Den Rechenschaftsbericht erstattete Herr Hofwagenfabrikant K. Kautt. Die Einnahmen des Vereins betrugen 6312.50 M., die Ausgaben 5971 M. In der darauf vorgenommenen Ergänzungswahl wurde der Vorsitzende und die ausscheidenden Vorstandsmitglieder einstimmig wiedergewählt. Darnach setzt sich der Vorstand zusammen aus den Herren L. Anselment als 1. Vorsitzender, Privatmann Hermann Hammer, 2. Vorsitzender, Gewerbelehrer E. Linder, Geschäftsführer, Hofwagenfabrikant K. Kautt, Rechner, Fabrikant J. Barth, Blechnermeister G. Boegler, Schreinermeister G. Ebbecke, jung, Fabrikant O. Edelmann, Hoflieferant K. Feigler, Drehermeister A. Kistner, Regierungsrat H. Maier und Architekt Wilh. Stober. Nach Erledigung des rein geschäftlichen Teils erfolgte die Ueberreichung von Ehrenzeichen an Mitglieder für 25jährige Mitgliedschaft und an Arbeiter für 25jährige, ununterbrochene Tätigkeit bei Vereinsmitgliedern. Von der Firma Junker & Ruh konnten allein 65 Arbeiter, darunter solche, die bis zu 38 Jahren bei dieser Firma tätig sind, mit Diplomen bedacht werden. In seiner Ansprache betonte der Vorsitzende, daß die Ehrenurkunden an Mitglieder die Anerkennung und der Dank des Vereins für die treue Mitarbeit an der Förderung des Gewerbe- und Handwerkerstandes seien. Den Dank der zur Auszeichnung gelangten Arbeiter übermittelte Herr Gaßmann bei Junker & Ruh Am Schlusse der Versammlung widmete Herr Reallehrer Emele dem Vorsitzenden, sowie dem Gesamtvorstand den Dank des Vereins. Neben einigen wertvollen Anregungen, die Herr Emele gab, ging sein Wunsch dahin, daß es der Tätigkeit des Gewerbevereins mit der Zeit gelingen möge, eine volle Einigung unter den Handwerkern herbeizuführen.

V **Heidelberg**, 3. April. Generalleutnant z. D. von Hoffmeister hat, wie wir erfahren, die von Egypten aus beabsichtigte Durchquerung der Sinai-Halbinsel trotz weitgehenden Entgegenkommens der englisch-egyptischen Regierung wegen der gegen Arabien (Mekkapilger) errichteten Choleraquarantänen aufgeben und über Port Said und Haifa Damaskus erreichen müssen, von wo er vor längerer Zeit mit einer von einem Offizier geführten türkischen Eskorte die nahezu einen Monat beanspruchende Wüstenwanderung über Palmyra und Euphrat abwärts nach der Kalifenstadt Bagdad angetreten hat.

Freiburg, 2. April. Am heutigen zweiten Sitzungstag der Kreisversammlung kam zunächst der Bericht über die Förderung der Rindviehzucht zur Verhandlung. Daraus ist hervorzuheben, daß in der Vorderwälder Viehzuchtgenossenschaft die bewilligten Mittel in anderer als der bisher üblichen Form zur Verwendung gelangten: es wurden keine genossenschaftlichen Viehprämiierungen oder Viehschauen, sondern Stallzuchtprämiierungen auf dem Schwarzwald des Freiburger Bezirks abgehalten. Der neu eingeführte Kreisfarrenmarkt in Hinterzarten fand allseitig Anerkennung. Zur Bestreitung des Aufwandes für 1908 wurden 16 000 M. bewilligt. Ueber die Jungviehweiden entspann sich eine längere Debatte, indessen wurde der Erfolg des Weidegangs als durchweg gut anerkannt. Auch der Förderung der Schweinezucht, der Pferdezucht und der Bienenzucht hat der Kreisausschuß seine Tätigkeit zugewandt. In dem Bericht über das städtische Arbeitsamt wird hervorgehoben, daß schon in der ersten Hälfte des Jahres 1907 sich eine stillere Geschäftstätigkeit bemerkbar machte, während in der zweiten Hälfte der Rückgang schärfer in die Erscheinung trat, besonders wurde das Baugewerbe davon betroffen. Die Stadt Freiburg wurde nicht stark von dem Rückgang berührt, denn die Ausführung großer öffentlicher Bauten gewährte einen Ausgleich für die geringere Privatbautätigkeit, und die Tätigkeit des Arbeitsamtes sorgte dafür, daß mit den überschüssigen Arbeitskräften, soweit möglich, der Bedarf an Arbeitskräften in kleineren Städten und Landorten gedeckt wurde. Nun folgte der von dem Vorsitzenden des Kreisausschusses, Dr. Thoma, erstattete Bericht über die Unterhaltung und den Bau der Kreisstraßen und Kreiswege. Zunächst wurde dargelegt, daß in Anbetracht der außerordentlichen Verteuerung der Lebenshaltung eine Erhöhung der Gehalte der Kreisstraßen- und Wegwärter für notwendig erachtet und darnach laut Vorlage gehandelt wurde. Die bedeutenden Aufwendungen für die Straßen und Wege in den verschiedenen Amtsbezirken wurden eingehend erörtert. Während der Verhandlung über diesen Gegenstand trat Oberbürgermeister Dr. Winterer, um sich nach Mannheim zur Beerdigung seines Kollegen Dr. Beck zu begeben, den Vorsitz an Bürgermeister Rehm-Emmendingen ab. Sodann wurde der Voranschlag für 1908 genehmigt und eine Kreisumlage von 2,22 Pf. auf 100 M. Steuerkapital beschlossen. Den Schluß der Tagung bildeten die Neuwahlen für die Kreisämter.

✠ **Vom Bodensee**, 2. April. Unter den letztjährigen Rotweinen der Seegegend haben die Burgundersorten von Petershausen u. Katteuhorn sehr auf dem Lager gewonnen.—Der Bürgerausschuß von Stockach hat in seiner heutigen Sitzung die Erhöhung der städtischen Umlage pro 1908 um 23 Pfg. beschlossen und die Umlage auf 75 Pfg. festgesetzt. Der Bürgerausschuß von Heinstetten beschloß einstimmig 88 Hektar Gemeindewaldung zur Herstellung eines Truppenübungsplatzes unter der Bedingung abzugeben, daß zwei dortige Bürger zur Abschätzungskommission beigezogen werden. In einer weiteren Sitzung wird es sich um die Abtretung der Privatwaldungen handeln.

* **Kleine Nachrichten aus Baden.** Der Taglöhner Pfitzenmayer geriet beim Straßenbau bei **Neipperg** unter einen schwerbeladenen Rollwagen. Es wurden ihm beide Füße abgedrückt. Außerdem erlitt er eine Gehirnerschütterung, so daß der Tod sofort eintrat. Er hinterläßt eine Frau mit 13 Kindern. — In **Stadelhofen** brannte das Anwesen des Theodor Maier nieder. Man vermutet Brandstiftung. Die Bewohner konnten nur mit Mühe das nackte Leben retten. Es gelang auch, das Vieh in Sicherheit zu bringen. — In **Bimbuch** mußte wegen starken Auftretens der Masern die Schule geschlossen werden. — Vom **Bodensee** wird gemeldet: Die durch den Sturm beschädigte und gesunkene Reichsballonhalle dürfte Ende nächster Woche infolge der eifrig betriebenen Hebungsarbeiten wieder schwimmen. Sie muß größtenteils abmontiert und neumontiert werden.

Die Voranschlagsberatungen im Karlsruher Bürgerausschuß.

II.

In der Sitzung am Dienstag, die nachmittags 3 Uhr eröffnet wurde, gab Oberbürgermeister **Siegrist** seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß der Vorstand der Stadtverordneten, wie die übrigen Redner im großen und ganzen den stadträtlichen Anträgen zugestimmt hätten. Gegenüber den gestrigen Rednern der Sozialdemokratie über die Anlehenspolitik stelle er fest, daß sein Standpunkt in dieser Frage von den bisher hier und in den anderen Städten befolgten grundsätzlichen Anschauungen nicht abweiche. Die Aufhebung der Verbrauchssteuern werde wohl nicht zu einer andauernden Verbilligung der Lebensmittel führen. Ob die Bemühungen der Städte, diesen Einnahmeausfall zu verschieben, von Erfolg begleitet seien, sei recht zweifelhaft. Die stärkere Heranziehung der Kapitalrentensteuerkapitalien, die der Stadtverordnete Willi empfehle, sei bedenklich. Für die städtische Besteuerung sei der Gedanke maßgebend, daß diejenigen Steuerwerte, wie Liegenschaften und gewerbliches Vermögen, welchen die Maßnahmen der Gemeinden in erster Linie zugute kämen, auch stärker herangezogen würden. Zum Schluß wies der Oberbürgermeister darauf hin, daß die von den Sozialdemokraten angeregte andere Verteilung der Stadtratssitze Sache des Gesamtkollegiums, nicht des Stadtrats sei. Er selbst habe jedoch gegen die Wahl eines Angehörigen der Sozialdemokratie in den Stadtrat nichts einzuwenden.

Stadtverordneter **Merkle** empfiehlt Beibehaltung des Jubiläumsfonds. Das Geld komme doch auch der Geschäftswelt wieder zu gut. Redner schildert sodann an der Hand eines reichen Zahlenmaterials, welche Verschiebungen in der Belastung durch das neue Vermögenssteuergesetz zu Ungunsten der Grund- und Hausbesitzer eingetreten seien.

Oberbürgermeister **Siegrist** erklärt, der Grund- und Hausbesitzerverein befinde sich in einem gewissen Widerspruch, wenn er einerseits die Mieten erhöhe, anderseits ständig über die Lasten klage. Mit dem fortgesetzten Jammern dieses Vereins über die Lage der Hausbesitzer in der Oeffentlichkeit sei nichts geholfen. Angebrachter wäre positive Arbeit, um Gewerbetreibende und Mieter in die Stadt zu bringen und den Verkehr zu heben. Die Veröffentlichung der leerstehenden Wohnungen ergebe, daß hier von einem Notstand nicht geredet werden könne. Der Grund- und Hausbesitzerverein habe übrigens auch keinen Anspruch darauf, eine höhere Rente aus seinem Besitz zu ziehen, als der Kapitalist aus seinem Kapital. Die Errichtung eines Licht- und Luftbades halte er für wünschenswert. Das Projekt in der Nähe des Sallenwäldchens erfordere jedoch wegen des notwendigen Abschlusses an der Straße, wo man Einblicke verhindern müsse, einen sehr hohen Kostenaufwand, nämlich 40 000 M. Die Stadtverwaltung stehe übrigens auch in Unterhandlung mit einem Verein, der ein Sonnenbad in der Nähe von Beiertheim plane.

Stadtverordneter **Frühauf** wandte sich gegen die Ausführungen des Herrn Merkle und fuhr dann fort: Das etwas trübe Bild der Finanzlage, das der Oberbürgermeister gezeichnet habe, gebe ihm keine Veranlassung, den derzeitigen Zustand zu bedauern. Jeder vernünftige Karlsruher werde lieber die höheren Lasten tragen, als sich wieder in die früheren Verhältnisse zurückversetzen lassen, in denen die Stadt fast gar nichts geboten habe, während sie jetzt eine angehende Großstadt sei, die sich sehen lassen könne; und dann sei der Zustand auch gar nicht so schlecht Die Stadt habe gute Geschäfte gemacht, sei doch in den letzten 10 Jahren das Vermögen um 20 Millionen, die Schulden aber nur um 18 Millionen gewachsen. Die Anlehenspolitik sei nicht zu verdammen; denn gerade durch sie sei man vorwärts gekommen. Die Stadt habe in 10 Jahren wirklich Großes geschaffen und daß das Geld koste, das hätten er und seine Freunde schon längst vorhergesehen. Ein Luftbad, wie Merkle vorgeschlagen, im Sallenwäldchen in Verbindung mit dem Vierordtsbad zu errichten, scheine ihm zweckmäßig und finanziell rentabel. Alles in allem sei zur Kopfhängerei keine Veranlassung; es stünden der Stadt noch große Aufgaben bevor, die sie zu lösen wissen werde.

Nach kurzen Bemerkungen des Stadtverordneten Otto **Müller**, des Stadtrats Dr. **Weill** und des **Oberbürgermeisters** verzichten die zur Generaldebatte noch vorgemerkten Redner aufs Wort, worauf die Spezialdebatte, zunächst über den Voranschlag des Krankenhauses, eröffnet wird. In eingehender Beratung werden die Voranschläge des Krankenhauses, der Volksschule und der Gewerbeschule erledigt. Die Sitzung wird sodann auf Mittwoch 3 Uhr nachmittags vertagt.

Oberbürgermeister Dr. Otto Beck †

S. **Mannheim,** 2. April. Die tiefe Dankbarkeit, die die Mannheimer Bürgerschaft dem allzufüh seinem Wirkungskreise entrissenen Oberbürgermeister Dr. Beck immerdar bewahren wird, kam bei der heutigen Bestattung des Verblichenen in wirklich ergreifender Weise zum Ausdruck. Tausende und Abertausende pilgerten schon von 2 Uhr ab nach der Ruhestätte der Toten und erwarteten in ehrfurchtsvollem Schweigen den Trauerzug. Da sich die Trauerfeier vor der Leichenhalle auf dem neuen Friedhofe abspielte, war die Umgebung der Halle in weitem Umkreis abgesperrt. Hinter dem Schutzmannskordon aber stand die Mannheimer Einwohnerschaft, Männer, Frauen und Kinder aller Stände, aller Altersklassen, Kopf an Kopf. Wer keinen Zutritt mehr fand, wartete geduldig vor den geschlossenen Toren auf das Erscheinen des Trauerzuges. Die Leichenhalle hatte einen überaus stimmungsvollen Schmuck erhalten. Den Giebel über dem Eingang zur Kapelle schmückte ein schwarzes Banner mit dem silbergeschmückten Stadtwappen. Zu beiden Seiten des Eingangs an der Hauptfront zogen sich umflorte Flaggenmasten hin, die durch schwarze Stoffbahnen und Silberkränze mit lila Schleifen verbunden wurden. Lorbeerbäume und sonstiger immergrüner Pflanzenschmuck und silberne Palmenarrangements vervollständigten die überaus wirkungsvolle Dekoration, vor der antike Opferpfannen loderten. In der vierten Nachmittagsstunde fanden sich vor der Leichenhalle nach und nach diejenigen ein, die den Verblichenen zur letzten Ruhestätte geleiten wollten. Als Vertreter Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs erschien der Vorstand des Gr. Geheimkabinetts, Geh. Rat Dr. Frhr. von Babo. Anwesend waren ferner der Präsident der Oberrechnungskammer Minister a. D. Dr. Schenkel, der Präsident des Ministeriums des Gr. Hauses und der ausw. Angelegenheiten, Frhr. v. Marschall, der Präsident des Ministeriums des Innern, Frhr. von Bodman, Geh. Rat Dr. Reinhard, der preußische Gesandte v. Eisendecher, Korpskommandant der Gendarmerie Generalmojor Anheuser, der Intendant des Karlsruher Hoftheaters Dr. Bassermann, die Spitzen der staatl. u. städt. Behörden, die Geistlichkeit, der Stadtrat u. Bürgerausschuß, sowie zahlreiche Vertreter bad. u. außerbadischer Städte. Punkt 4 Uhr wurde der Sarg unter den ergreifenden Klängen eines Hornquartetts aus der Kapelle getragen und auf den unter dem Vorbau des Kapelleneingangs errichteten Katafalk gehoben. Es waren erschütternde Momente, als dann die in der Kapelle aufgestellte „Mannheimer Liedertafel" das Lied „Ueber den Sternen" anstimmte und von der Stadt her gedämpft das Geläute der Glocken herüberklang. Nach den durch Herrn Sadtdekan Bauer vorgenommenen kirchlichen Zeremonien und Gebeten trat als Erster Herr Bürgermeister Martin an die Bahre, um dem Verblichenen einen tiefergreifenden Nachruf zu widmen und daran das Gelöbnis zu knüpfen, daß man sein Werk fortführen und ausbauen werde. Namens der Großh. Regierung legte der Präsident des Ministeriums des Innern, Frhr. von Bodman mit folgenden Worten einen mächtigen Lorbeerkranz nieder:

„Dem weitblickenden Meister der Selbstverwaltung widmen diesen Kranz die Mitglieder des Staatsministeriums als Zeichen des Dankes und der Trauer, des Dankes für ein reiches, dem Gemeinwohl geweihtes Leben aufopfernder Arbeit, der Trauer um den Heimgang des schaffensfreudigen Mannes, der machtvollen Persönlichkeit, des liebenswürdigen Menschen, dessen Lebenswerk vor uns ausgebreitet liegt in der Blüte dieser größten Stadt unserer Heimat, dessen kostbares Besitztum war die Liebe und das Vertrauen seiner dankbaren Mitbürger."

Dann folgten der Stadtverordnetenvorstand Selb namens des Stadtverordnetenvorstandes, Stadtbaurat Eisenlohr namens der städtischen Amts- und Abteilungsvorstände, Revisor Wanner namens des Beamtenvereins und des Landesverbandes der städtischen Beamten, Oberbürgermeister Dr. Wilckens-Heidelberg namens der Städtevertreter, Oberamtmann Levinger namens des Bezirksamtes, Bezirksbauinspektor Schäfer namens der übrigen Staatsbehörden, Großkaufmann Louis Hirsch namens der Handelskammer, Malermeister Leemann namens der Handwerkskammer, Stadtpfarrer Simon namens des evangelischen Kirchengemeinderats, Prorektor Geh. Hofrat Dr. Rossel namens der Universität Heidelberg, Dekan Dr. Hampe namens der philosophischen Fakultät in Heidelberg, Stadtverordnetenvorstand Fulda namens der Handelsfachschule, Oberbürgermeister Hofrat Krafft namens der Schwesterstadt Ludwigshafen, Präsident Direktor Wagner namens der Handelskammer Ludwigshafen, stellvertretender Direktor Geyer namens der pfälzischen Eisenbahnen, Direktor Nettel namens der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft und Oberbürgermeister Dr. Mülberger namens des Neckar-Donau-Kanalkomitees. Daran schloß sich eine große Anzahl Vertreter von Korporationen und Vereinen. Im ganzen wurden gegen 50 Kränze niedergelegt, so daß die Trauerfeier erst kurz nach 5 Uhr zu Ende war. Unter den Klängen des Chopinschen Trauermarsches bewegte sich dann der schier endlose Trauerzug zu der auf dem alten Friedhofe gelegenen Familiengrabstätte durch das Spalier hiesiger Gesangvereine, Eisenbahner, Feuerwehrleute, Straßenbahner, Sanitätler, Turner und Ruderer. Nach einem weiteren Gesangsvortrag der „Liedertafel" wurde der Sarg in die Gruft gesenkt. Mit den Gebeten des Geistlichen u. einem Choral der Grenadierkapelle endete die schlichte Feier am Grabe. Erst die hereinbrechende Nacht setzte der Wallfahrt der Einwohnerschaft zur letzten Ruhestätte ihres Oberhauptes ein Ziel.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* **Syrakus,** 3. April. Das Kaiserpaar, Prinz August Wilhelm und Prinzessin Viktoria Luise mit Gefolge nahmen gestern nachmittag den Tee in Latomia dei Capucini und besichtigten später das Museum, wobei neben der italienischen Direktion auch Professor v. Duhn führte. — An Stelle der „Ferruccio" traf gestern das italienische Kriegsschiff „Varese" hier ein.

* **Wien,** 3. April. Das Abgeordnetenhaus hat gestern seine Sitzungen wieder aufgenommen. Die Verhandlungen begannen mit der Besprechung eines Dringlichkeitsantrages Pogatschnik betreffend das allgemeine Rekrutenkontingent.

* **Bern,** 3. April. Der Nationalrat und der Ständerat nahmen gestern das Gesetz über den Versicherungsvertrag einstimmig an.

* **Genua,** 2. April. Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg, die kürzlich zur Statthalterin ernannt worden ist, hat heute im Hotel „Imperial" zu Santa Margherita Ligure vor den zu diesem Zweck offiziell dort erschienenen Abgeordneten der luxemburgischen Kammer, an ihrer Spitze Präsident Laval, den Eid auf die Verfassung geleistet.

* **Amsterdam,** 3. April. Die in den Diamantschleifereien angestellten Arbeiter haben mit 5001 Stimmen gegen 390 Stimmen beschlossen, für die Dauer von vier Wochen in den Generalausstand zu treten.

* **Antwerpen,** 3. April. Die hiesigen Diamantschleifer beschlossen mit 1855 gegen 313 Stimmen einen vierwöchentlichen Ausstand von nächsten Monta ab. Sie wollen Erhöhung des Minimallohnes um 20 Prozent.

* **Paris,** 3. April. Die Deputiertenkammer nahm gestern die Amnestievorlage mit 497 gegen 5 Stimmen an. Der politische Charakter der Vorlage blieb trotz einer Reihe von Amendements gewahrt. Ein Antrag, in welchem die Regierung aufgefordert wird, gegen die Soldaten des 17. Infanterieregiments, die wegen Meuterei im Zusammenhang mit den Winzerunruhen nach Sfax in Tunis gesandt worden sind, jede mit der Disziplin vereinbare Milde walten zu lassen, wurde gleichfalls angenommen, dagegen ein Antrag, der dahin ging, diejenigen dieser Soldaten, welche der Jahresklasse 1904 angehören, in ihre Heimat zu entlassen, mit 432 gegen 195 Stimmen verworfen nachdem der Ministerpräsident Clémenceau dagegen Einspruch erhoben hatte.

* **Paris,** 3. April. Aus Beauvais wird gemeldet, daß auf einem Uebungsmarsche zwei Soldaten mit dem Rufe „nieder mit der Armee" ihren Hauptmann, der sie zur Ruhe ermahnte, mit den Bajonetten angriffen. Die beiden Meuterer wurden von den übrigen Soldaten gebändigt und sodann der Gendarmerie übergeben. — Der „Figaro" berichtet, daß Antimilitaristen nun unter den eingeborenen Soldaten in Indochina durch die Verbreitung von Zerrbildern und Hetzschriften in anamitischer Sprache eine bedenkliche Propaganda gemacht haben. Wahrscheinlich seien auch in anderen Kolonien ähnliche Treibereien versucht worden.

* **Paris,** 3. April. Dem „Echo de Paris" zufolge beabsichtigt der Ministerpräsident, den revolutionären allgemeinen Arbeiterverband aufzulösen, da er lediglich politischen Treibereien diene, wie dies besonders anläßlich des Zwistes zwischen den Bauunternehmern und den Arbeitern zutage getreten sei. Alle Minister, mit Ausnahme des sozialistischen Arbeitsministers Vibiani, hätten dem Vorhaben des Ministerpräsidenten ihre Zustimmung erteilt.

* **Paris,** 3. April. Die hiesige Bischofskonferenz, die nach zweitägiger Verhandlung gestern ihre Arbeiten beendet hat, beschäftigte sich auf Veranlassung des Vatikans insbesondere auch mit der Frage der geistlichen Gegenseitigkeitsunterstützungsvereine. Wie verlautet, hat sich die überwiegende Mehrzahl der Bischöfe für die Gründung solcher Vereine ausgesprochen.

* **Rom,** 3. April. Bei dem Begräbnis eines Anarchisten wollten gestern die Teilnehmer in der Nähe des Palazzo Venezia gegen die österreichische Botschaft beim Vatikan demonstrieren. Die Polizei schritt ein und gebrauchte die Revolver. Viele Personen wurden verwundet. — Bei den gestrigen Krawallen wurden 21 Polizeibeamte verletzt. Der Generalausstand hat heute früh begonnen. Die Straßenbahn hat den Betrieb eingestellt. Die Läden sind geöffnet und die Stadt hat ihr gewöhnliches Aussehen. Die Leichen der Opfer des gestrigen Abends wurden in der Nacht nach dem Kirchhofe gebracht. Die Arbeiterkammer hat in der Nacht eine Sitzung abgehalten und für heute den allgemeinen Ausstand beschlossen.

* **London,** 2. April. Unterhaus. Handelsminister Lloyd-George brachte einen Gesetzentwurf für die Errichtung einer neuen Kontrollbehörde im Hafen von London ein. Außer der Ausgabe des für die Erwerbung der bestehenden Dockgesellschaften erforderlichen Aktienkapitals soll die Behörde die Ermächtigung haben, ein weiteres Kapital auszugeben, um Verbesserungen im Hafen durchzuführen. Lloyd-George wies darauf hin, daß es notwendig sei, diese Verbesserungen durchzuführen, wenn London mit anderen Hafenplätzen in erfolgreichen Wettbewerb treten wolle.

* **London,** 3. April. Churchill sprach in Liverpool über die Vorteile des Freihandelssystems für England. Redner gab dabei zu, daß die Tarifreformbewegung im Lande Fortschritte mache, aber es sei eine undemokratische Kapitalistenbewegung, die auf einen Angriff der Reichen gegen die Armen hinauslaufe.

* **Lissabon,** 3. April. In der Nähe von Mafro fand trotz behördlichen Verbots eine republikanische Versammlung statt. Die Bevölkerung mißhandelte die Redner, die leicht verletzt wurden.

* **Newyork,** 2. April. Die Handelskammer stimmte dem Bericht der Kommission für den Geldumlauf zu, welcher die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Geldumlauffrage vorsieht.

* **Washington,** 3. April. Der Senat hat die Ernennung Hills zum Botschafter in Berlin bestätigt.

Der Senat hat ferner die Ernennung A. M. Beaupréys zum Gesandten im Haag und Spencer Eddys zum Gesandten in Argentinien bestätigt.

* **Washington,** 3. April. Der Senat genehmigte das auf der Haager Friedenskonferenz beschlossene Uebereinkommen betr. die Bildung eines internationalen Schiedsgerichts, sowie die Verträge betr. die Bildung der Schiedsgerichte zwischen Amerika und Italien, bezw. Mexiko.

* **Teheran,** 3. April. Der zurückgetretene Parlamentspräsident Itscham es Saltaneh wird demnächst Berlin und dann London besuchen.

Verschiedenes.

Hamburg, 3. April. Der Staatssekretär des Kolonialamts, Dernburg, richtete an den Senat ein Schreiben, in welchem er dem Senat sein herzliches Beileid anläßlich des Ablebens des Bürgermeisters Dr. Mönckeberg ausspricht und der Förderung gedenkt, welche Dr. Mönckeberg den Beziehungen der Freien- und Hansestadt Hamburg zu den deutschen Kolonien hat angedeihen lassen, die ebensowenig vergessen werden, wie das rege Interesse, welches Dr. Mönckeberg in der Angelegenheit der Errichtung des Kolonialinstituts in Hamburg für die koloniale Sache an den Tag gelegt hat.

Meiningen, 3. April. Der einzige Sohn des Prinzen Ernst von Sachsen-Meiningen aus seiner Ehe mit Katharina Jensen, Freifrau von Saalfeld, Freiherr von Saalfeld, ist gestern vormittag in München von einem Straßenbahnwagen überfahren worden. Der Unterschenkel wurde ihm vollständig abgequetscht und der Fuß abgefahren. Der Verunglückte wird in der Chirurgischen Klinik operiert, das verletzte Bein muß ihm bis zum Kniegelenk amputiert werden.

Bern, 3. April. Bei den Schneeräumungsarbeiten vor dem Hotel am Pilatusgipfel wurde der 36jährige Arnold Langensand von einem Schneerutsch über eine Felswand hinabgeschleudert.

Paris, 2. April. Seine Majestät Kaiser Wilhelm richtete aus Anlaß des Geburtstages des hiesigen deutschen Botschafters, Fürsten Radolin, an diesen von Syrakus aus ein huldvolles Glückwunschschreiben und übersandte ihm als Geburtstagsgeschenk eine prachtvolle Marmorvase.

Paris, 2. April. Ingenieur Lemoine, der, wie bekannt, in der Angelegenheit der künstlichen Herstellung von Diamanten verwickelt ist, wurde vom Untersuchungsrichter gegen Kaution in Freiheit gesetzt.

Portsmouth, 3. April. Nach amtlicher Feststellung sind bei dem Zuammenstoß des Kreuzers „Berwick" mit dem Torpedojäger „Tiger" 36 Mann ums Leben gekommen.

Bombay, 3. April. Infolge der Unzufriedenheit der Telegraphenarbeiter mit dem von den englichen Sachverständigen eingeführten Dienstplan wurden ernsthafte Betriebsstörungen auf den englichen Linien herbeigeführt. Die Telegramme erleiden erhebliche Verzögerungen.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe:

Samstag, 4. April. Abt. C. 51. Ab.-Vorst. **„Fra Diavolo"**, komische Oper in drei Akten von Auber. Anfang 7 Uhr, Ende ½10 Uhr.

Sonntag, 5. April. Abt. A. 51. Ab.-Vorst. **„Carmen"**, große Oper in vier Akten von Bizet. Anfang ½7 Uhr, Ende gegen ¾10 Uhr.

Vorläufige Ankündigung:

Sonntag, 12. April. 25. Vorst. außr. Ab. **„Tristan und Isolde".** Tristan: Dr. Alfred von Bary vom Kgl. Hoftheater in Dresden als Gast.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydr.
vom 3. April 1908.

Der hohe Druck hat sich seit gestern wieder ganz auf den Südwesten Europas zurückgezogen und eine nördlich von den Shetlandinseln erschienene Depression hat ihren Wirkungskreis bis zum Fuß der Alpen herab ausgebreitet. Das Wetter ist deshalb trüb und vielfach regnerisch; die Temperaturen sind seit gestern gestiegen. Meist trübes Wetter mit Niederschlägen und wenig veränderter Temperatur ist zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden
vom 3. April, früh:

Lugano wolkenlos 4 Grad, Biarritz bedeckt 11 Grad, Nizza wolkenlos 10 Grad, Triest wolkenlos 9 Grad, Florenz wolkenlos 3 Grad, Rom wolkenlos 6 Grad, Cagliari wolkenlos 11 Grad, Brindisi bedeckt 9 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

April	Barom. mm	Therm. in C.	Absol. Feucht. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Himmel
2. Nachts 9^{30} U.	754.5	7.2	5.7	76	SW	bedeckt
3 Mrgs. 7^{30} U.	752.0	8.6	5.3	64	"	"
3. Mittgs. 2^{30} U.	750.7	11.5	6.7	66	"	"

Höchste Temperatur am 2. April: 9.6; **niedrigste in der darauffolgenden Nacht:** 6.5.

Niederschlagsmenge des 2. April: 0 1 mm.

Wasserstand des Rheins am 3. April, früh: **Schusterinsel** 2.00 m, gefallen 25 cm; **Kehl** 2.65 m, Stillstand; **Maxau** 4.31 m, gestiegen 35 cm; **Mannheim** 3.52 m, gestiegen 47 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Katz in Karlsruhe.
Druck und Verlag:
G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Pädagogium Karlsruhe
Privat-Realschule (Sexta—Obersekunda)
im Gebäude des früheren **Viktoriapensionates**
mit Internat und Externat.
Individuelle Vorbereitung zu *Einj.-Freiw.-* u. *Fähnrich-*Prüfungen. Langjährige Erfahrung. Erstklassige Referenzen. Eintritt jederzeit. Prospekt auf Wunsch.
Die Direktion: **Schmidt u. Wiehl.**

Konfirmations-Geschenke

Reiche Auswahl
eingerahmter Bilder
in allen Preislagen

E. Büchle
Kunsthandlung und Rahmenfabrik.
Kaiserstrasse 149.

Dresdner Bank.

Die von der fünfunddreissigsten ordentlichen Generalversammlung unserer Aktionäre für das Jahr 1907 auf 7 % festgesetzte Dividende kann gegen Einlieferung der Dividendenscheine Nr. 35 resp. Nr. 20 mit

Zweiundvierzig Mark pro Aktie à M. 600
und
Vierundachtzig Mark pro Aktie à M. 1200

von heute ab
an unseren Kassen in Dresden und Berlin, ferner an den Kassen unserer übrigen Niederlassungen in Altona, Augsburg, Bautzen, Bremen, Bückeburg, Chemnitz, Detmold, Emden, Frankfurt a. M., Freiburg i. B., Fürth, Greiz, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Lübeck, Mannheim, Meissen, München, Nürnberg, Plauen i. V., Zwickau i. Sa.,
bei dem A Schaaffhausen'schen Bankverein in Köln und Berlin, sowie dessen übrigen Niederlassungen in Bonn, Duisburg, Düsseldorf, Krefeld, Neuss, Rheydt, Ruhrort, Viersen,
bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt in Leipzig,
" " Württembergischen Vereinsbank, } in Stuttgart,
" " Württembergischen Landesbank, }
" " Deutschen Vereinsbank } in Frankfurt a. M.,
" dem Bankhause L. & E. Wertheimber }
" " Bankhause **Veit L. Homburger** in **Karlsruhe,**
" " Magdeburger Bankverein, } in Magdeburg,
" " Bankhause F. A. Neubauer }
" " Bankhause A Levy in Köln,
" der Rheinischen Bank in Essen, Mülheim a. d. R. und Duisburg,
" " Märkischen Bank in Bochum,
" " Oberschlesischen Bank in Beuthen O.-S.,
" " Mecklenburgischen Bank in Schwerin i. M.,
" " Oldenburgischen Landesbank in Oldenburg i. G.,
" " Ostbank für Handel und Gewerbe in Posen,
" " Aktiengesellschaft von Speyr & Co. in Basel,
erhoben werden. Q'454

Dresden, den 31. März 1908.

Direktion der Dresdner Bank.
E. Gutmann. G. Klemperer.

Gymnast.-Orthopäd. Institut Zahn
Viktoriastr. 3, Karlsruhe, Telephon 2274
Unter Leitung des Besitzers
Dr. med. Eduard Schmitt, prakt. Arzt.

Ferienkurs.

Eintritt jederzeit mit tägl. Uebungsstunden.
Ausführlicher Prospekt kostenlos durch das Institut und die Buchhandlungen Bielefeld, Kaiserstrasse 141, Braun, Kaiserstrasse 58, Herder, Herrenstrasse 34, und Kundt, Kaiserstrasse 124 a.
Q 341

Einige sehr gut erhaltene
wenig gespielte
Pianinos
darunter ein Pianino von Steinway & Sons, sind äusserst preiswert zu verkaufen bei
Ludwig Schweisgut
Q221 Hofl., Karlsruhe
4 Erbprinzenstrasse 4

Mannheimer
Maimarktlotterie
Ziehung 6. Mai 1908.
Mark 50,000 zusammen.
2000 Gewinne von 6000.— usw. Tiergewinne mit 80 resp. 75 % Silberpreise voll und bar zahlbar. Lose à 1.— 11 St. 10.— durch Q'481
Carl Götz
Hebelstrasse 11/15 Karlsruhe

von Hartung'sche
Militär-Vorbildungsanstalt
Cassel - Wilhelmshöhe
1866 staatl. konz. für alle Schul- und Militärexamina.
Ueber 2000 Einj. und Fähnriche erfolgreich vorgebildet, über 500 Prim. und Abit. Nov., Jan., Febr. sämtl. Fähnr. bestanden. M'394

Bürgerliche Rechtsstreite.

Oeffentliche Zustellung einer Klage.

Q.457.2.1. Nr. 326. **Freiburg.** Der Steinsprenger **Nicolaus Succi,** der Steinklopfer **Joseph Mannsi** und der Taglöhner **Enrico Massimo** in Freiburg klagen gegen den flüchtig gegangenen Unternehmer **Bettino Brunelli** aus Dienstvertrag mit dem Antrag auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung des rückständigen Lohnes von 155.40 M. an Succi, 45 M. an Mannsi und von 38 M. an Massimo.

Ich lade den Beklagten zu dem vom Vorsitzenden des Gewerbegerichts Freiburg im Breisgau auf:

Freitag den 15. Mai 1908,
vormittags 8¼ Uhr,

im alten Rathaus, Zimmer Nr. 7, bestimmten Termin.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Freiburg i. Br., den 1. April 1908.
Der Gerichtsschreiber des Gewerbegerichts: **Banzhaf.**

Oeffentliche Zustellung.

Q. 469.2.1. **Heidelberg.** Der Landwirt **Michael Walk** zu Heidelberg-Handschuhsheim, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Schoch in Heidelberg, klagt gegen den Kaufmann **Franz Morschhäuser,** früher in Handschuhsheim, zurzeit an unbekannten Orten, aus Darlehen vom 28. September 1885, mit dem Antrage auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von 70 M. nebst 5 Proz. Zins seit 28. September 1885, sowie Tragung der Kosten des Rechtsstreits einschließlich derjenigen des Arrestverfahrens, sowie auf vorläufige Vollstreckbarkeitserklärung des Urteils und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großherzogliche Amtsgericht zu Heidelberg auf

Dienstag den 2. Juni 1908,
vormittags 9 Uhr.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Arnold,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Oeffentliche Zustellung einer Klage.

Q.458.2.1. Nr. 7314. **Karlsruhe.** Die Ehefrau des Bijoutiers **Ludwig Adolf Graf,** Mina geborene Zeh in Pforzheim, Lindenstraße 55, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. A. Bloch in Pforzheim, klagt gegen ihren vorgenannten Ehemann, früher zu Pforzheim, zurzeit in Amerika an unbekannten Orten, auf Grund des § 1568 B.G.B., mit dem Antrage auf Ehescheidung.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die II. Zivilkammer des Großherzoglichen Landgerichts zu Karlsruhe auf:

Freitag den 12. Juni 1908,
vormittags 9 Uhr,

mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Karlsruhe, den 31. März 1908.

Hampe,
Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts.

Oeffentliche Zustellung einer Klage.

Q.424.2 **Radolfzell.** Der minderjährige **Josef Schafheitle** in Gallmannsweil, vertreten durch den Schmiedemeister Engelbert Mader daselbst, dieser vertreten durch Rechtsanwalt Bohl dahier, klagt gegen den **Thomas Fricker,** früher Dienstknecht in Gottmadingen, jetzt an unbekannten Orten abwesend, auf Grund des § 1708 des B.G.B. mit dem Antrage, der Beklagte sei durch vorläufig vollstreckbares Urteil für schuldig zu erklären, dem kläg. Kinde von seiner Geburt — 15. Februar 1907, bis zum vollendeten 16. Lebensjahre desselben als Unterhalt eine im voraus zu entrichtende Geldrente von vierteljährlich 40 M., eventuell einen richterlich festzusetzenden Betrag, die rückständigen Raten sofort, die künftig fällig werdenden am 15. Mai, 15. August, 15. November und 15. Februar jeden Jahres zu zahlen.

Der kläg. Teil ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Radolfzell auf:

Donnerstag den 14. Mai 1908,
vormittags 10 Uhr.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Radolfzell, den 1. April 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Bruttel.

Aufgebot.

Q.468.2.1. Nr. 4420. **Donaueschingen.** Das Großh. Amtsgericht hier hat heute folgendes Aufgebot erlassen:

Die Taglöhnersehefrau **Maria Dufner** geb. Weißhaar in Aufen hat beantragt, ihren angeblich im September 1865 von Aufen aus nach Amerika ausgewanderten Vater, den Landwirt Chriak Weißhaar, für tot zu erklären.

Der genannte Chriak Weißhaar wird hiermit aufgefordert, sich spätestens in dem auf

Dienstag den 27. Oktober 1908,
vormittags 8 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht bestimmten Aufgebotstermin zu melden, widrigenfalls seine Todeserklärung erfolgen wird.

Zugleich werden alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, aufgefordert, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Donaueschingen, den 26. März 1908.
Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts:
Zahn.

Aufgebot.

Q452.2.1 Nr.3267. Stockach. Die Kaufmann **Karl Maisch Ehefrau** Luise geb. Schuler in Heidelberg, hat beantragt, die am 1. März 1824 zu Stockach geborene, zuletzt daselbst wohnhafte ledige **Katharina genannt Karolina Schuler,** für tot zu erklären.

Die bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf

Montag den 2. November 1908,
vormittags 9 Uhr,

vor dem Großh. Amtsgericht Stockach anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Stockach, den 26. März 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Knapp.

Konkursverfahren.

Q.462. **Bühl.** Ueber das Vermögen der **Max Schuster Ehefrau** Lina geb. Weber, alleinige Inhaberin des „Kaufhaus Weber" in Bühl, wird heute am 1. April 1908, nachmittags ½6 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Rechtskonsulent Carl Christ in Bühl wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 22. April 1908 bei dem Gerichte anzumelden. Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines andern Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf: **Freitag den 1. Mai 1908, vormittags 9 Uhr.** Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 22. April 1908 Anzeige zu machen.

Bühl, den 1. April 1908. Großh. Amtsgericht I. (gez.) **Bolze.** Dies veröffentlicht der Gerichtsschreiber: **Rönninger.**

Konkurs.

Q.463. **Ettenheim.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Landwirts und Krämers **Karl Müllerleile** in Orschweier wird zur Prüfung einer nachträglich angemeldeten Forderung Termin bestimmt auf:

Dienstag den 14. April 1908,
vormittags 11 Uhr.

Ettenheim, den 1. April 1908.
Großh. Amtsgericht:
gez. **Bastian.**
Dies veröffentlicht
Der Gerichtsschreiber:
Kunz.

Konkursverfahren.

Q. 422. Nr. 2824 II. **Karlsruhe.** Im Konkursverfahren über das Vermögen des Handelsmanns **Pinkas Hönig** in Karlsruhe, Mendelssohnplatz, ist Termin zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke bestimmt auf:

Donnerstag den 23. April 1908,
vormittags 11½ Uhr,

vor dem Großh. Amtsgericht, Karlsruhe, Akademiestr. 2 A, II. Stock, Zimmer Nr. 10/12.

Die Gebühren und Auslagen des Verwalters wurden auf 194 M. 57 Pf. festgesetzt.

Karlsruhe den 28. März 1908.
Pfeuffer,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts II.

Konkursverfahren.

Q.466. Nr. 3678. **Ueberlingen.** Ueber das Vermögen des **Friedrich Schuhmacher,** Kaufmanns in Markdorf, wurde heute am 1. April 1908, nachmittags 6 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Rechtsanwalt Keller in Ueberlingen ist zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 3. Juni 1908 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines andern Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Mittwoch den 29. April 1908,
nachmittags 4½ Uhr,

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Mittwoch den 24. Juni 1908,
nachmittags 4½ Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis 3. Juni 1908 Anzeige zu machen.

Ueberlingen, den 1. April 1908.
Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts:
C. Beck.

Konkursverfahren.

Q426. **Rastatt.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Metzgers und Krämers **Franz Schorpp** in Durmersheim ist Gläubigerversammlung zur Beschlußfassung über Erteilung der zum freihändigen Verkauf der Liegenschaften erforderlichen Genehmigung sowie Termin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis auf

Dienstag den 28. April 1908,
vormittags 9 Uhr,

bestimmt.

Die Vergütung für die Geschäftsführung des Konkursverwalters wurde auf 81 M. 44 Pf., die baren Auslagen desselben auf 40 M. 40 Pf. festgesetzt.

Rastatt, den 23. März 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Ibach.

Konkursverfahren.

Q.427. **Rastatt.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Max Schmitt** von hier ist Termin zur Prüfung einer nachträglich angemeldeten Forderung auf:

Dienstag den 21. April 1908,
vormittags 10 Uhr,

bestimmt.

Rastatt, den 25. März 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Ibach.

Bekanntmachung.

Q440. **Wertheim.** Auf Antrag der Erben des am 14. Dezember 1907 verstorbenen ledigen Zimmermanns **Eduard Zeitler** von Hundheim wird die Verwaltung des Nachlasses gemäß § 1981 B.G.B., § 45 R.P.G. angeordnet.

Zum Nachlaßpfleger wird Rechtsagent Roa Götz in Wertheim ernannt.

Wertheim, den 30. März 1908.
Großh. Amtsgericht.

Entmündigung.

Q441. Nr. 4103. **Achern.** Der am 1. Dezember 1883 zu Oensbach geborene, ebenda wohnhafte Maurer **Bernhard Kreutler,** Josefs Sohn, ist durch Beschluß Großh. Amtsgerichts Achern vom 23. März 1908 wegen Trunksucht und wegen Verschwendung entmündigt worden.

Achern, den 23. März 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Christ.

Vermischte Bekanntmachungen.

Zwei Q.456

Kanzleigehilfenstellen

mit je 900 Mark Jahresvergütung sind alsbald zu besetzen. Geeignete Bewerber wollen sich unter Angabe ihrer bisherigen Beschäftigung binnen 8 Tagen schriftlich bei uns melden.

Durlach, den 2. April 1908.
Großh. Bezirksamt:
Turban.

Kanzleigehilfenstelle.

Bei unterzeichnetem Notariat ist für die Zeit vom **29. d. Mts. bis 23. Juni d. J.** eine **Kanzleigehilfenstelle** mit einer Monatsvergütung von 75 M. zu vergeben. Q484

Geeignete Bewerber wollen sich alsbald melden.

Lahr, den 2. April 1908.
Großh. Notariat I.

Bauarbeit-Vergebung.

Die Ausführung der
1. Entwässerungsanlage,
2. Pflästererarbeiten

auf dem Anwesen Rüppurrerstraße Nr. 35 haben wir im Wege öffentlicher Verdingung, den Bestimmungen Gr. Ministeriums der Finanzen vom 3. Januar 1907 entsprechend zu vergeben. Q.483.2.1

Die Unterlagen der Vergebung sind auf unserer Kanzlei, Ettlingerstraße Nr. 39 III. Stock, zur Einsicht aufgelegt, woselbst auch die Angebotsformulare abgegeben werden.

Zusendung der Unterlagen nach auswärts findet nicht statt.

Angebote müssen spätestens **bis Freitag den 24. April d. J., morgens 11 Uhr,** portofrei, mit entsprechender Aufschrift versehen, eintreffen.

Zuschlagsfrist beträgt 14 Tage.

Karlsruhe, den 3. April 1908.
Großh. Bahnbauinspektion II.

Vergebung von Betonarbeiten

mit Drahteinlagen und Asphaltfilzplattenabdichtung.

Die Herstellung der Eisenbetonarbeiten, Betonarbeiten und wasserdichten Abdeckung der Fahrbahntafel des Flutdurchlasses bei km 21,2+46 der Schwarzwaldbahn oberhalb der Kinzigbrücke zwischen den Stationen Biberach-Zell und Steinach soll in öffentlichem Wettbewerb nach den Bestimmungen des Großh. Ministeriums der Finanzen vom 3 Januar 1907 vergeben werden.

Die Ausführung umfaßt:

Beton etwa	18,5 cbm
Zementglattstrich m. Drahteinlage, etwa	235 qm
Asphaltfilzdecke (ohne Ueberlappung) etwa	286 qm
Asphaltgoudron, etwa	07 cbm
Drahtnetz 3 mm stark, etwa	354 qm

Die Verdingungsunterlagen und Pläne, welche nach auswärts nicht abgegeben werden, sind bei unterzeichneter Stelle während den Geschäftsstunden einzusehen und Angebote für die Arbeiten in einer Pauschalsumme bis längstens

Montag, den 13. April 1908,
vormittags 9½ Uhr,

verschlossen, portofrei und mit entsprechender Aufschrift versehen, einzureichen. Q 369.2.2

Offenburg, den 24. März 1908.
Großh. Bahnbauinspektion I.

Versteigerung von Fundsachen und Holz.

Die **Fundsachen** und **unbestellbaren Frachtgüter** vom 4. Vierteljahr 1907, darunter ein Fahrrad, 77 kg Bronzedraht, 1 Kiste Arbeiterschuhe und 1 Sack Gelatine-Leim werden am:

Dienstag, den 7. April l. J., vormittags 8 Uhr und nachmittags 2 Uhr beginnend, in unserem Versteigerungsraum (Eingang beim Ettlinger Bahnübergang) gegen Barzahlung **öffentlich** versteigert Das Fahrrad wird um 11 Uhr vormittags ausgeboten. Q. 370 2.2

Ferner werden am **Mittwoch den 8. April l. J.,** nachmittags 2 Uhr beginnend, im Hauptmagazin II (Eingang Wielandtstraße) verschiedene Lose alte Fässer, Kisten und Holzstübiche, sowie im Hauptmagazin III (Eingang Durlacher Allee bei der Talgschmelze) verschiedene Lose Abfallholz öffentlich gegen Barzahlung versteigert.

Karlsruhe, den 27. März 1908.
Gr. Verwaltung der Eisenbahnmagazine

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg